



Ausschuß für Innere Verwaltung

3. Sitzung (nicht öffentlich)

12. Oktober 1995

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.30 Uhr bis 9.45 Uhr

Vorsitz: Dr. Jörg Twenhöven (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/153

Einzelplan 03 - Innenminister

Der Ausschuß billigt die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 75 Millionen DM in Kap. 03 370 - Fortbildungsakademie des Innenministeriums NW - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN und der Stimme der Karin Hussing (CDU) bei drei Enthaltungen aus der CDU-Fraktion.

Dem Nachtragshaushalt insgesamt stimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion zu.

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/153

Einzelplan 03 - Innenminister

Siegfried Martsch (GRÜNE) erinnert an die Forderung seiner Fraktion, in Kap. 03 010 als Verpflichtungsermächtigung 500 000 DM für einen neuen Titel für die soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen einzurichten.

Als Hinweis seiner Fraktion verstanden wissen will Herr Martsch die Anmerkung, die Erhöhung um 400 000 DM bei Kap. 03 010, Titelgruppe 60 - Verfassungsschutz -, Tit. 547 60 sollte an anderer Stelle eingespart werden.

Nach Aussage des **Ministerialrats Kehrberg (IM)** handelt es sich bei der eben erwähnten Steigerung um Mittel für sogenannte G-10- und damit richterlich angeordnete Telefonüberwachungsmaßnahmen, die auf Verlangen des Landesrechnungshofs nicht von vornherein im Haushalt veranschlagt werden könnten, da ihr benötigter Umfang nach Ansicht des LRH nicht im voraus absehbar wäre.

Die überplanmäßige Ausgabe für diese Position habe sich im Juni 1995 bereits auf 200 000 DM - davon 165 000 DM für Dolmetscherkosten, 30 000 DM für Leitungskosten und 5 000 DM für Sonstiges - belaufen, was, hochgerechnet auf das gesamte Jahr, einen Betrag von 400 000 DM ergebe.

Heinz Paus (CDU) erläutert sodann die ablehnende Haltung seiner Fraktion zum Nachtragshaushaltsentwurf:

Bedenken beständen gegen die globale Minderausgabe, da sich nicht erschließe, wie sie im einzelnen erwirtschaftet werden solle und sich darüber hinaus schon jetzt bei verschiedenen Sachtiteln erhebliche Probleme zeigten. Bedenken existierten weiterhin in bezug auf das Asylbewerberleistungsgesetz: Nach wie vor sei nur eine Beteiligung an den den Kommunen entstandenen Kosten, aber keine vollständige Kostenübernahme vorgesehen. Für nicht vertretbar halte man im übrigen die Reduzierung der Anwärterstellen bei der Polizei.

Als einzig positiv bezeichnet Herr Paus die Verpflichtungsermächtigung zugunsten der Fortbildungsakademie.

Stefan Frechen (SPD) begründet die Ausbringung einer globalen Minderausgabe mit dem Willen, eine weitere Nettoneuverschuldung zu vermeiden. Außerdem sei diese mit den einzelnen Ressorts abgestimmte globale Minderausgabe wohl durchaus leistbar, da jedes

Haus zu diesem späten Zeitpunkt des Jahres bereits über einen Überblick über die bisher angefallenen Einnahmen und Ausgaben verfüge und dieses Wissen in die Verhandlungen eingebracht habe.

Auf Vorschlag Herrn Frechens stimmt der Ausschuß getrennt über die Verpflichtungsermächtigung zugunsten der Fortbildungsakademie und anschließend insgesamt den das Innenressort betreffenden Nachtrag ab.

Der Ausschuß billigt die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 75 Millionen DM in Kap. 03 370 - Fortbildungsakademie des Innenministeriums NW - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN und der Stimme der Karin Hussing (CDU) bei drei Enthaltungen aus der CDU-Fraktion.

Dem Nachtragshaushalt insgesamt stimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion zu.

gez. Dr. Jörg Twenhöven

Vorsitzender

24.10.1995/27.10.1995

195